

## **ÖVI fordert fairen Ausgleich zwischen Mieter- und Vermieterinteressen**

### **Neues Regieren sollte mit alten Denkmustern brechen**

Erstaunt und irritiert zeigt sich ÖVI Präsident Georg Flödl über die Absage der gemeinsamen Pressekonferenz der Bautensprecher der Regierungsparteien zu einer angekündigten Einigung über eine Mietrechtsnovelle. „Von einem neuen Stil, den die beiden Regierungsparteien nach ihrer Abstrafung bei den Bundespräsidentenwahlen angekündigt haben, ist nach der heutigen Pressekonferenz der SPÖ zum Stand der Mietrechtsverhandlungen rein gar nichts zu merken!“, stellt Georg Flödl fest.

In den vergangenen zehn Jahren waren alle Mietrechtsnovellen von investitionsfeindlichen Belastungen der Vermieterseite geprägt. Seit der Wohnrechtsnovelle 2006 gab es de facto im Zweijahresrhythmus immer wieder einseitige, in bestehende Verträge eingreifende Mietrechtsänderungen zu Lasten des Vermieters. Die sukzessive Ausweitung der Erhaltungspflichten ist hier genauso zu nennen wie die mehrfach gesetzlich verordnete Aussetzung vertraglich vereinbarter Wertsicherungen.

(Leistbarer) Wohnraum wird in den Ballungsräumen knapp – allein in Wien wächst der Bedarf jährlich um mindestens 10.000 Wohnungen, gebaut werden aber weitaus weniger. Dieser Entwicklung kann nur mit einer Vergrößerung des Wohnungsangebots entgegen gewirkt werden. „Anstatt privaten Investoren, die Wohnraum schaffen, auch ausreichend Anreize und Rechtssicherheit zu bieten, haben die Maßnahmen der Steuerreform 2015/2016 – wie der ÖVI in seiner jüngsten Studie mit der Ökonomin Agnes Streissler-Führer eindrucksvoll nachweisen konnte - leider einen gegenteiligen Effekt. Investitionsanreize sind dringendes Gebot der Stunde!“, konstatiert ÖVI Geschäftsführer Anton Holzpfel.

Nicht einmal die Aussicht, dass die Politik das Gesetz des Handelns in Kürze dem Verfassungsgerichtshof übergeben wird müssen, der mit einer Reihe von Normenanfechtungen auch im Mietrecht konfrontiert ist, bringt die Verhandlungspartner zu einer zeitnahen Lösung anstehender Probleme.

„Neues Regieren sollte mit alten Denkmustern brechen“, fordert ÖVI Präsident Flödl zu einer realistischen Sicht der Dinge auf: In einem Land wie Österreich, wo ohnehin 60% aller Mietverhältnisse im geförderten und kommunalen Wohnbau durch den Steuerzahler gestützt werden, geht es um andere Fragen: Passt die soziale Treffsicherheit? Bekommen wirklich jene die Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung, die diese dringend benötigen? Wie kann das Angebot weiter ausgebaut werden?

„Eine weitere Belastung der privaten Vermieter ist jedenfalls abzulehnen, ein fairer Ausgleich zwischen Mieter und Vermieter muss sichergestellt werden“, so Flödl abschließend.